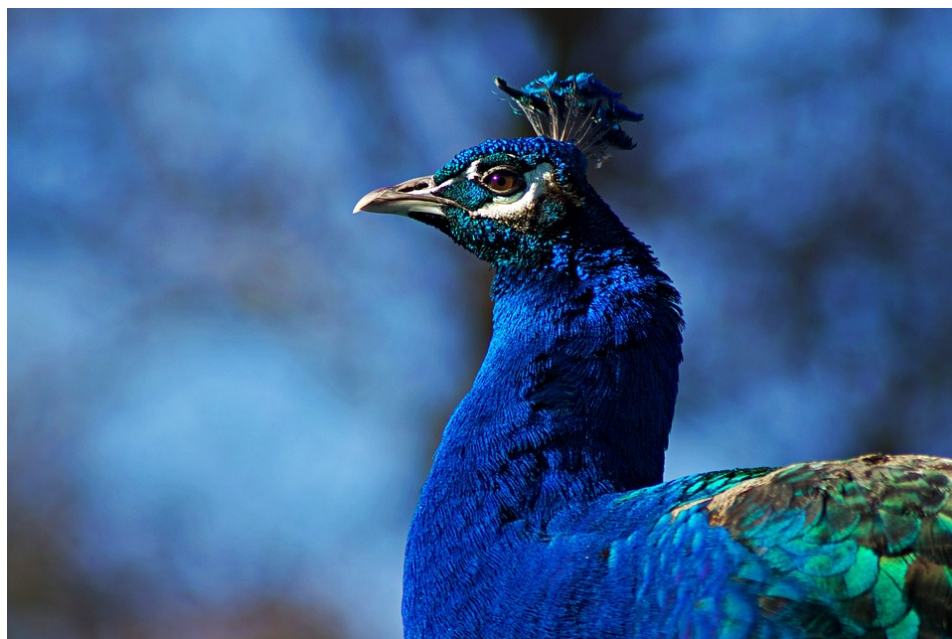


Tierschutzpartei fordert gerechte Sichtbarkeit bei Brandenburg-Wahl

Der Streit zwischen der Tierschutzpartei und dem RBB betrifft die Sichtbarkeit bei der Landtagswahl in Brandenburg am 22. September.



Die Auseinandersetzungen zwischen der Tierschutzpartei und dem Rundfunk Berlin-Brandenburg (RBB) beleben die politische Landschaft in Brandenburg und werfen Fragen zur Sichtbarkeit kleinerer Parteien auf. Besonders die Tierschutzpartei wird nicht müde, ihre Forderungen zu bekräftigen, und zieht dabei vor das Verwaltungsgericht Berlin. Sie strebt an, bei der bevorstehenden Landtagswahl am 22. September 2024, sowie am Tag danach, in allen Prognosen und Hochrechnungen separat aufgeführt zu werden, falls sie mindestens zwei Prozent der Stimmen erhält.

Ein Rückblick zeigt, dass die Tierschutzpartei bei der Landtagswahl 2019 immerhin 2,6 Prozent der Stimmen erreichte, jedoch am Wahlabend nicht mit einem eigenen

Diagrammbalken berücksichtigt wurde. Einen klaren Unterschied markiert die Europawahl, bei der kleinere Parteien entdecken durften – auch wenn nur unter der Bedingung der lockereren Fünfprozenthürde. In diesem Kontext hat sich die Tierschutzpartei bereits erfolgreich gegen die Entscheidung des RBB gewandt, wie das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg im Mai 2023 feststellte. Ein Erfolg, der gleichwohl noch nicht in Stein gemeißelt ist, da der RBB Rechtsmittel eingelegt hat.

Problematik der Nennung kleinerer Parteien

Die Tierschutzpartei argumentiert, dass eine gesonderte Nennung in den Wahlsendungen entscheidend sei, um neue Mitglieder zu gewinnen und Spenden zu akquirieren. Sie hebt hervor, dass auch Parteien, die die Fünfprozenthürde nicht erreichen, für den politischen Wettbewerb von Bedeutung sind. Das bedeutet, dass eine Partei bereits ab einem Prozent der Stimmen an der staatlichen Finanzierung teilnimmt. Im vorliegenden Fall könnte eine gesonderte Erwähnung auf unterschiedliche Weise Einfluss auf die Wählerstimmen nehmen.

Ein zentraler Punkt ist, dass die Tierschutzpartei die Gefahr sieht, in der Kategorie „Andere“ zu verschwinden. Hier spielen nicht nur rechtliche Überlegungen eine Rolle, sondern auch die Wahrnehmung der Wähler. In Thüringen, wo die FDP beispielsweise nur mit einem Prozent genannt wurde, sind die Unterschiede zwischen der Sichtbarkeit größerer und kleinerer Parteien offensichtlich. Ein eigenes Balken für die Tierschutzpartei könnte ein zusätzlichen Signal für politische Relevanz senden.

Die FDP und ihre Sichtbarkeit

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de